

Gemeinde Wartmannsroth



NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderats

vom 24. März 2022
im Sitzungssaal

Vorsitz:

Erster Bürgermeister Florian Atzmüller

Der Vorsitzende erklärt die Sitzung um 19:00 Uhr für eröffnet. Er stellt fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden sind. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Gremiumsmitglieder:

Roland Brönner
Michael Häusler
Uwe Kaiser
Jochen Koberstein
Dominik Müller
Matthias Schmidt
Stefan Selbert
Andreas Ullrich
Gabriel Vogt
Markus Koberstein

Bemerkung:

Entschuldigt sind

Tobias Bold
Christina Dollinger
Andreas Hänelt
Clarissa Schneider

Von der Verwaltung anwesend:

Daniel Görke
Celine Schaupp

(Schriftführer)

Weitere Teilnehmer/Gäste:

Herr Dipl. Ing. Hoßfeld

zu TOP 2

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 24.02.2022
2. Restausbau der Ortsdurchfahrt Windheim; Vorstellung der ersten Planungsüberlegungen durch das Ingenieurbüro Hoßfeld & Fischer Beratung über die weitere Vorgehensweise
3. Abriss der alten Gastwirtwirtschaft bzw. Teilabriss des Gemeinschaftshauses in Völkersleier im Rahmen des sogenannten ELER-Förderprogramms
4. Erweiterung der Straßenbeleuchtung;
Umsetzung der Anregungen aus den Bürgerversammlungen
5. Bericht und Informationen des Ersten Bürgermeisters
6. Verschiedenes

1. Genehmigung des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 24.02.2022

Sachverhalt:

Das Sitzungsprotokoll wurde dem Gemeinderat vorab zur Kenntnis gegeben. Innerhalb der Vier-Tagesfrist kamen keine Einwände der Gemeinderatsmitglieder, sodass das Protokoll bereits veröffentlicht wurde.

Beschluss:

Der Gemeinderat hat Kenntnis vom Inhalt des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 24.02.2022 und genehmigt dieses vollinhaltlich und vorbehaltlos.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

2. Restausbau der Ortsdurchfahrt Windheim; Vorstellung der ersten Planungsüberlegungen durch das Ingenieurbüro Hoßfeld & Fischer Beratung über die weitere Vorgehensweise

Sachverhalt:

Mit der Planung und Ausführung des Restausbaus der Ortsdurchfahrt Windheim ist das Ingenieurbüro Hoßfeld und Fischer beauftragt. Dazu zählen auch die verschiedenen Brückenbauwerke in der Ortsdurchfahrt. In einer Besprechung mit der Regierung von Unterfranken hat sich nun ergeben, dass der Ausbaustandard für eine Förderung der Straßenbaumaßnahme deutlich angehoben werden müsste. Das bedeutet, dass die Gehwegbreite sowie die Straßenbreite der aktuellen Straßenausbaurichtlinie für Ortsdurchfahrten entsprechen müssten. Außerdem müsste der Ausbau Standard der Brückenbauwerke extrem hoch dimensioniert werden. Hieraus ergeben sich dementsprechend höhere Kosten für den Gesamtbau. Ein weiteres Problem stellt dabei das Zeitfenster für den Ausbau dar. Der Straßen und Brückenausbau soll der Fördermaßnahme urbane System Klingenbach vorgeschaltet werden. Demzufolge ist das Zeitfenster für den Ausbau sehr klein.

Von der Verwaltung wurde daher der Gedanke ins Spiel gebracht, den Straßen und Brückenausbau nicht entsprechend der aktuellen Straßenausbaurichtlinien durchzuführen, sondern mehr oder weniger den Ist-Zustand lediglich zu sanieren. Das würde bedeuten, dass die Gemeinde die Straßenbaumaßnahme ohne jegliche Förderung durchführen muss, hätte jedoch auch den Vorteil, dass die Kosten einigermaßen im Rahmen bleiben und eine Umsetzung im vorgegebenen Zeitfenster zumindest denkbar wäre.

Herr Hoßfeld wurde beauftragt, beide verschiedene Varianten grob durch zu planen und zu überrechnen und wird sie dem Gemeinderat in der Sitzung ausführlich vorstellen.

Diskussionsverlauf:

In seinem Vortrag gibt Herr Hoßfeld dem Gemeinderat zunächst einen Überblick über den Gesamtzustand der Straßen und Brücken und welche Untersuchungen bisher durchgeführt wurden. Dabei zeigt er die Zusammenhänge der Straßenbaumaßnahme mit der angedachten Renaturierung des Klingenbach und der Neugestaltung des Dorfplatzes in Windheim auf.

Gleich zu Beginn seines Vortrags erklärt er, dass der Vorschlag der Verwaltung, ohne Förderung und dafür sehr einfach zu bauen, aus haftungstechnischen Gründen sehr schnell verworfen werden musste. Die genaueren Untersuchungen des Baugrundes und der Stützmauer entlang des Hofbachs hätten ergeben, dass an verschiedenen Stellen umfangreichere Sanierungsarbeiten notwendig seien.

Anschließend erläutert der Ingenieur detailliert, welche Arbeiten an den einzelnen Erschließungsanlagen notwendig sein. Im Ergebnis stellt er fest, dass an der Wasserleitung kaum etwas gemacht werden müsse, jedoch die Kanalleitung in einem so maroden Zustand sei, dass ein Austausch unumgänglich werde. Wider Erwarten sei die Ufermauer in einem relativ guten Zustand und müsse nur partiell erneuert werden, während man bei den Brückenbauwerken um einen Neubau nicht herumkäme. Diskussionswürdig sei, ob man bei der Straßenerneuerung den Gehweg auf der Nordseite positioniere (entlang der Häuser) oder weiterhin auf der Südseite, entlang des Baches. Beide Varianten hätten ihre Vorzüge, die es gegeneinander abzuwägen gelte. Schwierigkeiten ergäben sich aus der beengten räumlichen Situation, so Herr Hoßfeld weiter. Auch müsse man sich darüber im Klaren sein, dass der Hofbach schon bei einem fünfjährigen stark Regenereignis hinsichtlich seiner Dimensionierung an seine Grenzen gerät. Um künftig die Gefahr von Überschwemmungen im Ortsbereich zu minimieren müsse man sich daher langfristig Gedanken über Regenauffangbecken außerhalb der Ortschaft machen.

Im Ergebnis hat das Ingenieurbüro drei verschiedene Ausbauvarianten ausgearbeitet:

- Variante 1: Vollausbau mit neuen Brücken, neuer unterirdischer Infrastruktur und komplett neuer Ufermauer – Kostenansatz 3.563.000 €
- Variante 2: Vollausbau mit neuen Brücken und Beibehaltung der Ufermauer – Kostenansatz 2.957.000 €
- Variante 3: Aufteilung des Projekts in zwei Bauabschnitte
- Variante 3.1: BA 1 - Vollausbau mit Neubau Klingenbach -und Mühlbachwegbrücke – Kostenansatz 1.363.000 €
- Variante 3.2: BA 2 - Vollausbau mit Neubau Windhager Straße und Brücken bis Ortsausgang und Beibehaltung privater Brücken – Kostenansatz 1.659.000 €

Zu den Kostenansätzen weist Herr Hoßfeld darauf hin, dass er jeweils einen Zuschlag von 20 % für aktuelle Wagnisse mit kalkuliert hat. Angesichts der derzeitigen weltpolitischen Lage sei es aktuell sehr schwierig bestimmte Kosten zu kalkulieren. Diese Unwägbarkeiten sollen durch den 20-prozentigen Zuschlag abgedeckt werden.

Herr Hoßfeld spricht sich aus finanziellen wie aus zeitlichen Gründen für Variante 3 aus. Zunächst könnte Bauabschnitt 1 realisiert werden. Anschließend könnte die Renaturierungsmaßnahme „Urbane Räume“ realisiert werden und zu einem späteren Zeitpunkt, wenn es die finanzielle Lage der Gemeinde wieder zulässt, könnte der Restausbau des BA 2 umgesetzt werden.

Zweiter Bürgermeister Koberstein ist der Meinung, dass man durchaus gemäß Variante 2 bauen könnte und parallel dazu die Renaturierungsmaßnahme umsetzen könnte. Dazu hinterfragt er, warum sich die Varianten 2 und 3 hinsichtlich der Kosten unterscheiden, obwohl der Bauumfang derselbe sei.

Herr Hoßfeld bestätigt, dass sich die Varianten 2 und 3 hinsichtlich des Bauumfangs nicht wesentlich unterscheiden. Der von Herrn Koberstein vorgeschlagene Bauablauf sei durchaus denkbar, jedoch seien Schwierigkeiten bei der Baustellenkoordination zu erwarten, wenn zwei verschiedene Baumaßnahmen auf so engem Raum zeitgleich ausgeführt würden. Die Aufteilung der Variante 3 in zwei Bauabschnitte würde durchaus einen gewissen Mehraufwand bedeuten, da man gewisse Verfahrensschritte zweimal durchlaufen müsste, die daraus entstehenden Mehrkosten seien jedoch nur marginal und entsprächen nicht ganz den oben dargestellten Zahlen, die sich aus gewissen Mengenverschiebungen ergeben.

Abschließend stellt Bürgermeister Atzmüller fest, dass allein aus Zeitgründen im Moment nur Variante 3.1 zur Debatte stehen könne, wenn man die Maßnahme „Urbane Räume“ fristgemäß bis Ende 2024 fertigstellen wolle.

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt Verwaltung, hinsichtlich des Restausbaus der Ortsdurchfahrt Windheim, zusammen mit dem Ingenieurbüro Hoßfeld & Fischer, Variante 3, insbesondere Variante 3.1 weiterzuverfolgen.

Abstimmungsergebnis: 10 : 1

3. Abriss der alten Gastwirtschaft bzw. Teilabriss des Gemeinschaftshauses in Völkersleier im Rahmen des sogenannten ELER-Förderprogramms

Sachverhalt:

Für den Abriss der alten Gastwirtschaft in Völkersleier und den Teilabriss des Gemeinschaftshauses sucht die Gemeindeverwaltung seit einiger Zeit nach einem geeigneten Förderprogramm. Nun erscheint es möglich, dass dieses Projekt im Rahmen des ELER-Förderprogrammes realisiert werden könnte. Hierzu wurden vom Büro Dietz und Partner in Zusammenarbeit mit Architekt Markus Seifert entsprechende Kostenermittlungen und Bewerbungsunterlagen erstellt. Im Rahmen des Förderprogramms sind jedoch nicht nur die Abrisse zu realisieren, sondern muss auch eine Neugestaltung der Flächen vorgenommen werden. Um in den Genuss der Förderung zu kommen muss eine Reihe von Kriterien erfüllt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushaltsjahr 2022 wurden 10.000 € für die Planung des Projekts eingestellt. Für das Haushaltsjahr 2024 sind Ausgaben von 100.000 € für den Abriss und Einnahmen von 80.000 € aus Fördermitteln eingestellt.

Diskussionsverlauf:

Der Bürgermeister stellt dem Gemeinderat einen Entwurfsplan vor. Dieser sieht den Abriss der alten Gastwirtschaft Wiederverwertung der freiwerdenden Fläche

als eingegrünten Parkplatz vor. Schwierigkeiten ergeben sich dabei aus der notwendigen Abstützung von Nachbargebäuden. Auch das benachbarte Gemeindehaus soll teilweise abgerissen werden. Die Planung sieht nur den Erhalt des vorderen Backsteinbaus vor. Der hintere Gebäudeteil soll abgebrochen und der darunterliegende Keller verfüllt werden anschließend soll auch hier eine kleine Grünfläche entstehen.

Für die Maßnahmen am ehemaligen Wirtshaus sind ca. 361.506,96 € brutto kalkuliert, für die Maßnahmen am Gemeindehaus ca. 228.047,51 € brutto veranschlagt. Hinzu kommen Baunebenkosten für Honorare und Baugrunduntersuchungen von ca. 117.883,85 € brutto. Es ergeben sich Gesamtkosten von ca. 707.438,32 €, gerundet 707.500 € brutto. Dabei sind für die Baumaßnahme am Wirtshaus für den Gebäudeabbruch ca. 99.746,70 € brutto veranschlagt. Der Restbetrag von 261.760,26 € sind für die Erstellung des Parkplatzes, inklusive Stützmauern abgeschätzt. Der Gebäudeabbruch des Wohnhauses wird mit 68.784,99 € brutto berechnet. Hochbauleistungen wie die Errichtung der Giebelwand und der notwendigen Stützmauer inklusive Geländeverfüllung belaufen sich geschätzt auf ca. 75.000 € brutto. Die Kosten für die Anlage der Freiflächen belaufen sich auch auf ca. 83.262,52 € brutto.

Angesichts dieser Zahlen hält ein Großteil der Gemeinderatsmitglieder die Maßnahmen für nicht realisierbar. Die Haushaltslage der Gemeinde ließe es nicht zu, ein Projekt dieser Größenordnung in naher Zukunft anzugehen. Angesichts der immensen Ausgaben, die man bereits am Dorfplatz Völkersleier getätigt habe, hätten derzeit andere Projekte Priorität.

Bürgermeister Atzmüller wirbt dennoch weiterhin dafür, zumindest den Abriss und die Umgestaltung des Bereichs an der alten Gastwirtschaft weiterzuverfolgen. Er verweist darauf, dass es in Zukunft wohl kaum mehr Förderung für einen Gebäudeabbriss geben wird. Es sei wohl unstrittig, dass zumindest mittelfristig der Gebäudeabbriss angegangen werden muss und dann würde die Gemeinde sämtliche Kosten hierfür aus eigenen Mitteln tragen müssen. Zumal nach der aktuellen Kostenschätzung die reinen Abriss- und Entsorgungskosten praktisch dem zu leistenden Eigenanteil bei einer Förderung des Projekts entsprechen würden.

Auch die Ratsmitglieder aus Völkersleier sprechen sich für die Umsetzung zumindest dieser Teilmaßnahme aus. Mit dem Dorfplatz habe man sich nun eine wunderschöne Ortsmitte geschaffen, bei der es jedoch akut an Parkplätzen fehlt und in deren unmittelbarer Nähe sich ein gemeindliches Abrissobjekt befindet, wodurch der Dorfplatz wieder abgewertet wird.

Die übrigen Gemeinderatsmitglieder Stimmen diesen Argumenten vom Grundsatz her zu, sehen jedoch den finanziellen Spielraum für die Umsetzung der Maßnahme nicht. Dennoch lässt Bürgermeister Atzmüller über die Weiterverfolgung der Teilmaßnahme „Alte Gastwirtschaft“ abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung den Abriss der alten Gastwirtschaft in Völkersleier und die Umgestaltung der freiwerdenden Fläche zu einem eingrünnten Parkplatz, im Rahmen des ELER-Förderprogramms weiterzuverfolgen und eine entsprechende Bewerbung einzureichen.

Abstimmungsergebnis: 4 : 7

Damit ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.

4. Erweiterung der Straßenbeleuchtung; Umsetzung der Anregungen aus den Bürgerversammlungen

Sachverhalt:

In den Bürgerversammlungen 2021 wurde in den Ortsteilen Waizenbach und Schwärzelbach der Wunsch nach Ergänzungen bei der Straßenbeleuchtung geäußert. Die Anregungen wurden von der Verwaltung geprüft und für sinnvoll und notwendig erachtet. Bürgermeister Atzmüller hat die Standorte vor Ort besprochen. Die Gesamtkosten für die Erweiterungen liegen je nach Ausführung zwischen 9.100 (mit Pos. 2 in Waizenbach) und 11.300 Euro (mit Pos. 1 in Waizenbach).

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushalt 2022 sind hierfür rund 25.000 Euro eingeplant. Allerdings wurde dabei davon ausgegangen, dass im Bereich Sportplatz Schwärzelbach mehrere Leuchten zusätzlich installiert werden müssen.

Diskussionsverlauf:

Der Bürgermeister berichtet dem Gemeinderat von den Ortsterminen mit Bayernwerk. Hier wurden die optimalen Lampenpositionen festgelegt, wobei in Waizenbach klar Position 2 zu favorisieren sei. Der Lampenstandort befände sich dann zwar auf Privatgrund, jedoch hätten die Eigentümer bereits ihr Einverständnis erklärt.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der vorgeschlagenen Erweiterung der Straßenbeleuchtung in Schwärzelbach und Waizenbach zu. In Waizenbach soll Standortposition 2 zur Ausführung kommen. Der Standort ist per Vereinbarung mit dem Grundstückseigentümer dauerhaft zu sichern.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

5. Bericht und Informationen des Ersten Bürgermeisters

Sachverhalt:

Gründung einer HvO-Gruppe:

- Aus verschiedenen Gründen kann dies aktuell nicht umgesetzt werden.

Bürgermeisterdienstbesprechung am 18.03.2022:

- Flüchtlingssituation Ukraine: Aktuell ca. 300 Flüchtlinge im Landkreis bereits über Einwohnermeldeämter angemeldet, wohl schon bis zu 400 Personen im Landkreis. Es bestehen 3 Notunterkünfte in Hammelburg, Euerdorf und Münnerstadt. Gegenüber dem Landkreis wurden rund 200 private Wohnungen gemeldet, die vom Amt auch schon weitestgehend besichtigt wurden. 40 davon wurden schon belegt. Empfehlung des Landkreises sind bei Bedarf zielgerichtete Sammelaktionen für Kleidung usw. Die jüngste Aktion des Landkreises (Kinderbetten usw.) war sehr erfolgreich. Im Landratsamt wurde eine Koordinierungsgruppe „Ukraine-Hilfe“ gegründet und eine zentrale Email-Adresse sowie Hotline eingerichtet. Hierhin kann bspw. freier Wohnraum gemeldet werden. Ansprechpartnerin innerhalb der Gemeindeverwaltung ist Ingeborg Breitenbach. Die Bundesregierung hat für Geflüchtete das Informationsportal

„Germany4Ukraine“ freigeschaltet. Im Gemeindebereich haben aktuell 18 Geflüchtete eine Unterkunft gefunden.

- Beteiligung des Landkreises Bad Kissingen an einem Handwerkerparkausweis für die Region Frankfurt Rhein-Main in Abklärung.

Allianz Fränkisches Saaleetal:

ILEK-Fortschreibung - Vorstellung im Rahmen einer interkommunalen Gemeinderats-sitzung vorgesehen, Termin wird aktuell abgestimmt.

6. Verschiedenes

Diskussionsverlauf:

Keine Vorträge!

Um 21:08 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Die Punkte 7 – 11 werden nichtöffentlich behandelt.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Gemeinde Wartmannsroth

Vorsitzender

Florian Atzmüller
Erster Bürgermeister

Daniel Görke
Schriftführer